Freitag, 7. Februar 1964.

Interhandel.

Politisches Departement. Antrag vom 17. Januar 1964 (Beilage). Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 31. Januar 1964 (Einverstanden).

Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 27. Januar 1964 (Einverstanden).

Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 3. Februar 1964 (Einverstanden).

Gestützt auf die Ausführungen des Politischen Departements und mit Zustimmung des Justiz- und Polizeidepartements, des Finanzund Zolldepartements und des Volkswirtschaftsdepartements hat der Bundesrat

beschlossen:

- 1. Der vorgelegte Bericht wird genehmigt.
- 2. Die Botschaft in Washington wird ermächtigt, in einem vom politischen Departement noch zu bestimmenden Zeitpunkt eine Erklärung im Sinne des vorgelegten Entwurfes abzugeben, gem
 ss welcher die schweizerische Regierung auf weitere Schritte im Fall Interhandel unter der Voraussetzung der Durchführung des Vergleichsvertrages verzichtet.

Protokollauszug an das Politische Departement zum Vollzug (10), an das Justiz- und Polizeidepartement (3), an das Finanz- und Zolldepartement und an das Volkswirtschaftsdepartement zur Kenntnis.

Für getreuen Auszug, der Protokollführer:

Hodey



Bern, den 17. Januar 1964

p.B.52.31.Am.(1). - HN/di

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Interhandel

Der 22 Jahre alte Streit zwischen der Internationalen Industrie- und Handelsbeteiligungen AG, Basel, genannt Interhandel, und dem amerikanischen Justizdepartement um eine namhafte Aktienbeteiligung an der General Aniline and Film Corporation ist im Begriff, durch Vergleich erledigt zu werden. Der Bundesrat, der sich im Laufe der Jahre in zahlreichen Sitzungen mit dem Interhandelfall zu befassen hatte, soll durch einen, wie wir hoffen, letzten Schritt zum Zustandekommen des Vergleichs beitragen. Die Vergleichsvereinbarung, die von den Parteien am 20. Dezember 1963 unterzeichnet wurde, setzt nämlich voraus, dass die schweizerische Regierung erklärt, für die Zukunft auf weitere Schritte in dieser Sache zu verzichten. Beigelegt ist der Text einer solchen Erklärung, den wir Ihnen zur Genehmigung unterbreiten.

l. Um den Hintergrund für diesen wohl letzten Akt der langjährigen schweizerischen Bemühungen zu Gunsten von Interhandel aufzuzeigen, legen wir diesem Antrag eine kurze chronologische. Darstellung des Falles bei. Sie beginnt mit der Entwicklung der Firma von 1928 bis zum Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg 1942, in welchem Jahr die in den USA erfassbaren Werte der Interhandel als deutsch, also feindlich beherrscht, beschlagnahmt wurden. Dann folgt eine Aufzählung der Bemühungen der Interhandel auf administrativem und gerichtlichem Weg um Freigabe der beschlagnahmten Werte mit der Begründung, dass es sich um schweizerische und nicht um deutsche Werte handle. Die schweizerische Regierung gewährte der Interhandel den diplomatischen Schutz, sobald dieser im Jahre 1942 nötig wurde. In zahlreichen Noten und Besprechungen-

mit amerikanischen Amtsstellen wurde die Freigabe der beschlagnahmten Vermögenswerte der Interhandel verlangt und schliesslich eine schiedsgerichtliche Austragung des Konfliktes auf zwischenstaatlicher Ebene vorgeschlagen. Als auch dieser Antrag amerikanischerseits abgewiesen wurde, entschloss sich der Bundesrat in seiner Sitzung vom 30. September 1957, gegen die amerikanische Regierung beim Internationalen Gerichtshof im Haag Klage einzureichen. Mit Urteil vom 21. März 1959 entschied der Gerichtshof, die schweizerische Klage vorläufig nicht zuzulassen, da der Oberste amerikanische Gerichtshof inzwischen die Klage der Interhandel zur Neubeurteilung an die Erste Instanz zurückgewiesen hatte und damit der Instanzenzug nicht erschöpft war. Im Jahre 1961 hatte sich sodann der Bundesrat zu zweien Malen mit der Genehmigung von amerikanischen Amtshandlungen in der Schweiz im Rahmen der Voruntersuchung vor den amerikanischen Gerichten zu befassen.

2. Schon seit Jahren versuchten die Parteien parallel zum Verfahren vor den amerikanischen Gerichten die Basis für eine gütliche Einigung zu finden. Diese Bemühungen führten schliesslich am 3. März 1963 zur Unterzeichnung eines Vorvertrages und am 20. Dezember 1963 eines endgültigen Vergleichsvertrages, der vorsieht, dass Interhandel mit einem Teil des Erlöses aus dem Verkauf ihrer früheren GAF-Beteiligung abgefunden wird.

Der Vergleichsvertrag setzt voraus, dass alle Stellen, die gegen die amerikanische Regierung vorgegangen sind, um sie zur Freigabe der GAF-Beteiligung von Interhandel zu bewegen, auf weitere derartige Schritte verzichten. Unter anderem ist auch die schweizerische Regierung aufgerufen, einen solchen Verzicht auszusprechen.

Die Interhandel hat uns von dieser Klausel Kenntnis gegeben und das Begehren gestellt, dass im Namen der schweizerischen Regierung die verlangte Verzichtserklärung abgegeben und damit eine der Voraussetzungen für das Zustandekommen des Vergleichs erfüllt werde. Da die Erledigung des Streitfalles durch Vergleich, dessen Bedingungen übrigens von Presse und Interessenten im allgemeinen als annehmbar bezeichnet wurden, zweifellos eine willkommene Entlastung der schweizerisch-amerikanischen Beziehungen bedeutet, sind wir der Ansicht, dass dem Begehren der Interhandel grundsätzlich entsprochen werden kann unter der Voraussetzung allerdings, dass der Vergleichsvertrag auch eingehalten wird.

- 3. Die Erklärung, die wir Thnen hiermit nach Konsultation von Professor Guggenheim und der Botschaft in Washington unterbreiten, ist eine einseitige schweizerische Verzichtserklärung, die auf dem üblichen diplomatischen Weg über die Botschaft in Washington dem amerikanischen Staatsdepartement gegenüber abgegeben würde. Der Bundesrat verzichtet darin, unter der Voraussetzung, dass der Vergleichsvertrag durchgeführt wird,
- a) auf die weitere Verfolgung derjenigen Ansprüche, die er in der Angelegenheit Interhandel auf diplomatischem Weg und in der vor dem Internationalen Gerichtshof am 2. Oktober 1957 angehobenen Klage geltend gemacht hat;
- b) auf die Geltendmachung neuer Ansprüche in dieser Sache auf diplomatischem Weg, vor völkerrechtlichen Organen oder vor innerstaatlichen Gerichtsinstanzen.

Ausdrücklich wird im letzten Absatz erklärt, dass mit dieser Verzichtserklärung keinerlei Haftung oder Verantwortung übernommen würde, falls schweizerische natürliche oder juristische Personen Ansprüche geltend machen, die mit der Angelegenheit Interhandel im Zusammenhang stehen. Der Bundesrat verzichtet lediglich darauf, in einem solchen Fall die Geltendmachung derartiger Ansprüche zu unterstützen.

Auf Grund dieser Ausführungen beantragen wir Ihnen,

- 1. den vorstehenden Bericht zu genehmigen;
- 2. die Botschaft in Washington zu ermächtigen, in einem vom politischen Departement noch zu bestimmenden Zeitpunkt eine Erklärung im Sinne des beiliegenden Entwurfes abzugeben, gemäss der die schweizerische Regierung auf weitere Schritte im Fall Interhandel unter der Voraussetzung der Durchführung des Vergleichsvertrages verzichtet.

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

Beilagen:

Entwurf für Verzichtserklärung in französischer und englischer Sprache chronologische Darstellung des Falles Interhandel

Protokollauszug an Politisches Departement zum Vollzug (10) und an Justiz- und Polizeidepartement zur Kenntnis (3).

PROJET 17.1.1964

L'Ambassade de Suisse présente ses compliments au Département d'Etat et, d'ordre de son Gouvernement, a l'honneur de lui faire la communication suivante :

Dans le procès entre la Société internationale pour participations industrielles et commerciales S.A. (Interhandel) à Bâle et le Procureur Général des Etats-Unis d'Amérique devant l'United States District Court for the District of Columbia - Civil Action No 4360/48, portant sur les avoirs désignés par les vesting orders rendus les 16 février 1942, 30 avril 1942 (No 5), 15 février 1943 (No 907), 24 juin 1946 (No 6718), 26 juin 1946 (No 6767, 6768 et 6769) et 14 octobre 1946 (No 7874) - le Procureur Général des Etats-Unis et Interhandel ont soumis au Juge un projet de décision d'accord.

Le Conseil fédéral suisse, vu ce qui précède et pour autant que cette décision d'accord soit exécutée, déclare au nom de la Confédération suisse que, dans l'affaire Interhandel, il renonce à toute intervention diplomatique ainsi qu'à toute action judiciaire auprès de la Cour internationale de justice, comme auprès de n'importe quel tribunal arbitral international, commission de conciliation ou juridiction nationale de la Suisse, des Etats-Unis d'Amérique ou de tout autre pays, y compris toute réclamation qui se rapporterait aux demandes que le Gouvernement suisse a adressées au Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, au sujet de cette affaire, dans ses notes diplomatiques à partir du 4 mai 1948 (voir Cour internationale de justice, Mémoires, affaire Interhandel, Suisse c/ Etats-Unis d'Amérique, p. 25 et ss) et dans la procédure devant la Cour internationale de justice intentée par requête unilatérale de la Suisse le 2 octobre 1957 (voir en particulier les conclusions finales suisses du 3 novembre 1958 dans Recueil des Arrêts de la Cour internationale de justice, 1959, p. 12-14).

En prenant l'engagement spécifié ci-dessus, le Conseil fédéral suisse tient toutefois à souligner qu'il ne peut pas assumer une obligation ou une responsabilité quelle qu'elle soit pour le cas où un ressortissant suisse, qu'il s'agisse d'une personne physique ou morale, intenterait une action quelconque devant des autorités administratives ou judiciaires en Suisse, aux Etats-Unis ou dans n'importe quel autre pays, une telle obligation ou responsabilité dépassant les limites des pouvoirs assignés au Conseil fédéral par le droit public de la Confédération suisse. Toutefois, conformément au sens de la présente déclaration, le Gouvernement suisse n'apportera aucune assistance à une telle action, qu'elle soit intentée par une personne physique ou une personne morale.

DRAFT 17.1.1964

The Embassy of Switzerland presents its compliments to the U.S. Department of State and has the honor to convey to it the following communication of the Swiss Government:

In the action between the Société internationale pour participations industrielles et commerciales S.A. (Interhandel) in Basle and the Attorney General of the United States of America, pending in the United States District Court for the District of Columbia, - Civil Action No. 4360-48 - concerning the assets described in the vesting orders issued on February 16, 1942, April 30, 1942 (No. 5), February 15, 1943 (No. 907), June 24, 1946 (No. 6718), June 26, 1946 (No. 6767, 6768 and 6769) and October 14, 1946 (No. 7874), a stipulation has been filed with the court by the Attorney General of the United States and Interhandel to the action concerning the terms to which they have agreed for a settlement of the case.

In view of the foregoing, the Federal Council of Switzerland declares in the name and on behalf of the Confederation of Switzerland that, provided this agreement for settlement shall be carried out, it will, in the Interhandel case, refrain from any diplomatic intervention in the future, and hereby renounces any right of any legal action in said matter in the International Court of Justice or any international tribunal of arbitration, commission of conciliation, or any national tribunal or before any other authority of Switzerland, the United States or any other country having jurisdiction in said matter, including the making of any claims with reference to the complaints made by the Swiss Government to the Government of the United States in various notes concerning this matter, beginning with May 4, 1948 (cf. International Court of Justice, Pleadings, Interhandel Case, Switzerland v. United States of America, pp. 25 et seq.), and in the proceedings in the International Court of Justice commenced on October 2, 1957, by the Application of Switzerland.

In undertaking this commitment as specified above, the Government of Switzerland wishes however to emphasize, that it is not in a position to assume any obligation or responsibility whatsoever in case a Swiss national, be it an individual or an association, should commence an action or proceeding before administrative or judicial authorities in Switzerland, in the United States, or in any other country, such obligation or responsibility being beyond the limit of the powers conveyed to the Federal Council by the constitution of the Swiss Confederation. However, in accordance with these declarations, the Swiss Government will lend no assistance to such a proceeding, whether brought by an individual or by an association, concerning the above described assets.